

Bern, 3. Oktober 2008

**Einreichung Referendum «EU-Personenfreizügigkeit vors Volk!»:  
SD über bundesrätliche Aussagen befremdet**

**Bundesrat tritt Referendumsdemokratie mit Füssen!**

Die Schweizer Demokraten (SD) haben einen beträchtlichen Teil dazu beigetragen, damit das Volk zur Weiterführung und gar Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien das letzte Wort hat.

Hingegen zeigen sie sich über das undemokratische Vorgehen und von den subtilen Aussagen des Bundesrates befremdet. Die gleichentags bei der Einreichung des Personenfreizügigkeits-Referendums einberufene abendliche Bundesratssitzung und vor allem die durch Bundesratssprecher Oswald Sigg gemachten Äusserungen empfinden die SD als skandalös und ein Schlag ins Gesicht aller, die noch an die direkte Demokratie glauben. Gemäss Medienberichten sagte Oswald Sigg sinngemäss: «Der Bundesrat hoffte wohl, noch heute zu erfahren, dass das Referendum **nicht** zustande gekommen ist. Jetzt muss er noch ein paar Tage bangen!».

Mit dieser Aussage beleidigt die Landesregierung die weit über 50'000 Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche ihr verfassungsmässig verbrieftes Recht wahrgenommen haben und mittels Referendum eine Volksabstimmung zu einer zentralen politischen Frage ermöglichen wollen. In unserer direkten Demokratie ist es aber keinesfalls Sache der Landesregierung, ein Zustandekommen einer Volksinitiative oder eines Referendums zu kommentieren.

Weiter kritisieren die SD das Vorgehen des Bundesrates, der in einer Hauruck-Aktion über das Wochenende die Gültigkeit des Personenfreizügigkeits-Referendums abklären will. Dies ist unseriös, denn normalerweise benötigt die Prüfung eines Referendums mehrere Wochen. Weshalb diese Eile? Zudem protestieren die SD scharf dagegen, dass die Referendumskomitees die Argumente für das Bundesbüchlein schon am 29. September 2008, also drei Tage vor Ablauf der offiziellen Sammelfrist der Bundeskanzlei zustellen mussten, was während der Sammelphase zusätzliche Kräfte absorbierte. Aufgrund der gemachten Äusserungen und behinderten Handlungen werden die SD den Verdacht nicht los, dass die Landesregierung alles daran setzt, dass das Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit bereits in der administrativen Phase scheitern soll.

**Schweizer Demokraten (SD)**

sig. Bernhard Hess  
e. Nationalrat  
SD-Geschäftsführer